

Die Eurokrise resultiert aus ökonomischen und politischen Strukturproblemen, die miteinander verschmelzen und Komplikationen der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik aufdecken. Die Eurokrise ist ebenso eine Krise der Wirtschaft wie eine Krise der Politik. Die derzeitigen Verwerfungen wären aber ohne den Staat nicht aufgetreten. Der Staat ist eine treibende Kraft in dieser Krise und er hat die Wirtschaft in Mithaftung genommen. Umso mehr erstaunt die Kritik, die sich nun am kapitalistischen Wirtschaftssystem manifestiert.¹ Das ökonomische System des Kapitalismus als Ursache zu bezeichnen und ihm die Verantwortung für die Entwicklung zu übertragen trifft aber nicht den Kern der aktuellen Strukturprobleme.

Eine der Ursachen der Eurokrise ist die künstliche Steigerung der nationalen Wirtschaftskraft durch beständige Interventionen der Regierungen. Durch Ausgabenprogramme blähten die Regierungen die Volkswirtschaften künstlich auf. Diesen Vorgang nannte Dahrendorf Pumpkapitalismus: „Die europäisch-amerikanische Schuldenkrise lässt sich gewiss auch auf eine von Bankern, Konsumenten oder Wählern – eigentlich von fast jedem – kultivierte Mentalität zurückführen, welche Dahrendorf als Pumpkapitalismus bezeichnet. Doch entbindet dies die politisch Handelnden nicht von ihrer Verantwortung, die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen.“² Das Urteil Gujers verkehrt jedoch Ursache und Wirkung. Nicht die Wirtschaft war die treibende Kraft, die zu den Problemen führte, die nun durch die Politik zu beheben seien. Die Politik selbst setzte die Rahmenbe-

1 Vgl. zuletzt Jürgen Habermas: Zur Verfassung Europas, Berlin 2011, S. 117.

2 Vgl. Politik und Pumpkapitalismus, in: Neue Zürcher Zeitung vom 8. Oktober 2011.

dingungen, die zu den aktuellen Problemen führten. Die gilt nicht nur für die als „entfesselt“ wahrgenommene Wirtschaft. Dies gilt ebenso für die permanente Stimulation der Wirtschaft und ihr beständiges Wachstum durch mehr und mehr in die Zirkulation eingespeistes gedrucktes und geborgtes Geld.

Die Schulden der Staaten sind nicht die Ursache der Strukturkrise – sie sind nur der Ausdruck der permanenten Überhitzung der Wirtschaft. Eigentliche Krisenursache sind überforderte Staaten, die von der nationalen Wirtschaft beständig ökonomische Höchstleistungen fordern, die ohne den unentwegten Einsatz gedruckten und geborgten Geldes nicht möglich wären. Die Regierungen verfolgen seit den 1970er-Jahren die Maxime eines steten Wachstums des Bruttoinlandsproduktes, um den Wohlstand zu steigern. Aus Angst vor wirtschaftlichen Missständen, wie sie Adolf Hitler den Weg ebneten, begannen sie, mit wirtschaftspolitischen Interventionen Konjunktureenbrüche zu vermeiden. Di Fabio spricht von der Furcht vor dem „Brüningschen Debakel“, welche die Regierungen zu konjunkturstabilisierenden Maßnahmen trieb.³ Doch dabei blieb es nicht, denn die Wirtschaftspolitik erhöhte das Niveau des Produktionsmöglichkeitenpfads. Als die Wirtschaft – so beispielsweise in Deutschland Ende der 1960er Jahre – an eine Wachstumsgrenze stieß, blähte die Politik den Produktionsapparat künstlich auf: „Allerdings verschoben sich die Forderungen nach sozialer Sicherung und Besserstellung – die nun nicht mehr innerhalb der Wirtschaft realisierbar waren – in die politische Arena. Dort kam es zu einem Druck auf die Regierungen, durch öffentliche Ausgaben zu kompensieren, was in der Lohnpolitik nicht mehr erreicht werden konnte.“⁴ Eine Rückkehr zu dem geringeren Wohlstandsniveau, das vor der staatlich in Gang gesetzten Steigerung der Wirtschaftskraft bestand, ist politisch schwer zu realisieren, weil das mit Wohlstandssteigerung verbundene Fortschrittsbild der westlichen Welt ein Zurück und Weniger nicht erlaubt. „Der neuzeitliche Staat, so der Baseler Staatsrechtler Kurt Eichenberger, sieht sich einer ‚unbegrenzten Erwartungssituation‘ seitens seiner Bürger ausgesetzt.“⁵ Die historische Entwicklung der Gemeinwesen führte zu einer Steigerung der Staatsausgaben: Der Staat übernimmt vielfältige Tätigkeiten, die aus der Zurverfügungstellung von Leistungen als öffentliche Güter statt wie bisher als Waren der freien verkehrswirtschaftlichen Organisation resultieren, wie Schmalenbachs Schüler Terhalle in Anlehnung

3 Vgl. Udo di Fabio: Europa in der Krise, in: Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften, H. 4, Jg. 9 (2011), S. 459.

4 Vgl. „Das Dopingregime des Pump-Kapitalismus ist lebensgefährlich“, in: Zeitonline vom 28.12.2011.

5 Der überforderte Staat, in: Der Spiegel 53/1979.

an die Begrifflichkeit Euckens darlegt.⁶ Diese Entwicklung ist kein Merkmal des deutschen Staates allein, sondern trifft auf eine Vielzahl von Staaten der nördlichen Hemisphäre zu.⁷

Weil die Regierungen für die Intervention in die Wirtschaft Schulden aufnahmen und die Zinslast in den Etats stieg, begaben sie sich in den ökonomischen Zwang, kontinuierlich hohes Wachstum zu generieren, um die Schuldenlast auf einem erträglichen Niveau zu halten. Die Staatsapparate selbst mit ihrer Verwaltung wuchsen an und waren die dritte Kraft, die nun dauerhaft auf einem überhöhten Niveau zu halten waren. „Wer die spezifisch konstitutionellen Wirklichkeiten und Gefahren bezüglich einer überdurchschnittlichen staatsfinanziellen Verausgabung feststellen will, wird namentlich an der Tatsache des oft zu großen ‚Apparates‘ nicht vorbeigehen können“.⁸ Die Regierungen schufen für die Bürger, die Staatsverwaltung und die Last der Staatsverbindlichkeiten künstliches Wirtschaftswachstum und begaben sich in einen *Circulus vitiosus*, aus dem sie nicht mehr entkamen. Ein Vergleich mit dem Sport mag die Sache veranschaulichen: Die Politik hat die Wirtschaft mit Aufputzmitteln stimuliert. Vor diesem Hintergrund erhält Weidmanns Kritik und treffende Analyse der Anleihepolitik der Notenbanken und der EZB eine umfassendere Bedeutung. Für den Chef der Bundesbank kamen die Interventionen der Zentralbank der Verabreichung einer „Droge“⁹ gleich. Die steigenden Ausgaben des Staates führen nicht allein zu einer Substitution des Marktes durch den Staat, sondern zu einer Ausweitung der volkswirtschaftlichen Produktion: Durch den Einkommensmultiplikator führen die staatlichen Ausgaben zu einer Ausweitung der Nachfrage und des Angebots.¹⁰

Dahrendorfs Begriff des Pumpkapitalismus muss deswegen weiter gefasst werden, denn er geht über die von Schäuble im Bundestag kritisierte Staatsverschuldung zu Zwecken der Konjunkturstabilisierung hinaus. Der deutsche Finanzminister kritisierte die Politik der antizyklischen Wirtschaftseingriffe: „Mit geld- und finanzpolitischen Maßnahmen wurde versucht, drohende Rezessionen abzuwenden, ohne dass in der Folge die aufgeblähten öffentlichen Defizite in gu-

6 Vgl. Fritz Terhalle: Die Finanzwirtschaft des Staates und der Gemeinden, Berlin 1948, S. 39-56.

7 Vgl. Vito Tanzi: Government vs Markets. The Changing Economic Role of the State, Cambridge 2011, S. 101f.

8 Terhalle 1948, S. 47.

9 Vgl. „Wie eine Droge“, in: Der Spiegel 35/2012.

10 Vgl. Egon Görgens/Karlheinz Ruckriegel: Makroökonomik, Stuttgart 2007, 94f.

ten konjunkturellen Zeiten wieder zurückgefahren wurden.“¹¹ Schäubles Kritik impliziert, deficit spending hätte zu den langfristigen Schuldenproblemen geführt. Die Eurokrise ist aber Ausdruck der Probleme, die von einem langfristigen künstlichen Wirtschaftswachstum entstammen. Deficit Spending – als Intervention, um Rezessionen abzuwenden – ist für die Deutung der grundlegenden Ursachen der Eurokrise die falsche Erklärung. Deficit spending sieht vor, durch staatliche Mehrausgaben geringere Ausgaben der privaten Haushalte in Zeiten wirtschaftlichen Abschwungs zu kompensieren. Was dem Keynesianischen Konzept zugrunde liegt, ist die Annahme eines normalen Wirtschaftsverlaufes. Deficit spending gleicht Einbrüche eines regulären Wirtschaftsniveaus aus und stellt eine Form der antizyklischen Wirtschaftspolitik dar.

Auf die Kompensation und Verstetigung des Konjunkturverlaufs beschränkte sich die angewandte Wirtschaftspolitik aber nicht, sondern sie sah eine permanente Wachstumsstimulation der Ökonomie vor.¹² Es ist daher geboten, für die ständige Wachstumssteigerung den Begriff „artificial spending“ und entsprechend „artifizielles Wirtschaftswachstum“ zu verwenden. Die Wirtschaftsapparate wären sicher in der Lage, weiterhin die Politik des artificial spending zu tragen, doch den Märkten fehlt es in der derzeitigen Krise an Vertrauen in die Politik: „Beim jetzigen Schlamassel handelt es sich daher um mehr als eine Währungskrise, es ist eine eigentliche Krise des Politischen. Der Veitstanz der Börsenindizes reflektiert auch die Verunsicherung, wie Europa in einigen Jahren aussehen wird. Der Glaube an die Führungskompetenz der Politik ist aufgezehrt.“¹³ Solange der zusätzlich generierte Anteil des Bruttoinlandsproduktes die Zinslast durch die Schuldenaufnahme übersteigt, ist artificial spending erfolgreich und kann weiterhin angewandt werden. Dass es sich nicht um deficit, sondern um artificial spending handelt, zeigen die Probleme, die aus verminderten Staatsausgaben resultieren. Gäbe es ein stabiles Wirtschaftswachstum, wäre eine Ausgabenkürzung kein Problem. Aufgrund der beschleunigten Wirtschaftsleistung führt jedoch jede staatliche Minderung zu Schrumpfungsprozessen.

Die Politik muss den Weg des artifiziellen Wirtschaftswachstums nicht verlassen. Prinzipiell besteht dafür keine Notwendigkeit, denn die künstliche Wachstumsstimulation hat noch keine natürliche ökonomische Grenze erreicht. Die

11 Rede des Bundesministers der Finanzen, Dr. Wolfgang Schäuble, zur Einbringung des Regierungsentwurfs zum Bundeshaushalt 2012 und des Finanzplans 2011 bis 2015 am 06.09.2011 im Bundestag.

12 Vgl. hierzu Lutz Wuchterpennig: Staatsverschuldung in Deutschland. Ökonomische und verfassungsrechtliche Problematik, Baden-Baden 2007, S. 164.

13 Vgl. Politik und Pumpkapitalismus, in: NZZ vom 8. Oktober 2011.

Volkswirtschaften können weiterhin wachsen, wodurch sie einen Überschuss generieren, der es erlaubt, weitere Mittel aufzunehmen, um die Produktion weiter zu steigern. Kritische Stimmen äußern jedoch Skepsis, inwieweit sich endloses Wachstum generieren lässt: „Zum einen ist die wirtschaftliche Basis in den modernen Industriestaaten auf einem derart hohen Niveau, dass sich nennenswerte Wachstumsraten kaum noch generieren lassen. Zum anderen sprechen viele Gesichtspunkte, u.a. die schlichte physikalische Endlichkeit der Welt und ihrer Ressourcen [...] eher dafür, dass der keinesfalls ‚ewige‘, sondern lediglich für die letzten 200 Jahre der Menschheitsgeschichte gekennzeichnete Wachstumspfad mittelfristig an ein Ende kommen wird“.¹⁴

In Europa hat sich in den vergangenen Jahren ein Mechanismus etabliert, der die Staaten zwingt, beständig die Ökonomie aufzublähen, um die Mittel zu erwirtschaften, um am Kapitalmarkt ihre Verbindlichkeiten zu bedienen. Diese wiederum sind notwendig und müssen erneut aufgenommen werden, um die Wirtschaft weiterhin auf einem gegebenen Niveau zu halten. Einen Ausweg aus dem Dilemma des artifiziellen Wirtschaftswachstums böte die Rückkehr zu einem nachhaltigen Produktionsniveau: „Das Schicksal der Europäischen Union liegt heute in der Bewährung und vorsichtigen Entwicklung der Verträge, vor allem aber in der Wiedergewinnung der Handlungsfähigkeit von Regierungen, die sich im Übermaß auf das Spiel einer Wirtschaftssteuerung durch öffentliche Haushaltswirtschaft eingelassen haben und jetzt einiges langsam zurückfahren müssen, ohne das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht und die Akzeptanz demokratischen Regierens wie auch die Funktionsfähigkeit europäischen Koordinierens zu beschädigen“.¹⁵ Während Deutschland dieser Aufgabe gelassen entgegen schauen kann, stehen die Krisenstaaten vor viel größeren Anstrengungen.

14 Felix Ekardt/Daniel Buscher: Staatsschuldenrecht, Finanzkrise und Nachhaltigkeit. Eine kritische Analyse der neuen Schuldenbremse und ihres Bezugs zur Eurokrise, in: Archiv des öffentlichen Rechts, H.1, Jg. 137 (2012), S. 43f.

15 Vgl. Udo di Fabio: Europa in der Krise, in: ZSE, H. 4, Jg. 9 (2011), S. 463.

Die Eurokrise

Analyse der europäischen Strukturkrise

Illing, F.

2017, X, 239 S., Softcover

ISBN: 978-3-658-09540-6